

JOCHEN WEICHOLD, HORST DIETZEL

Bundestagswahl 2009 – Wahlprogramme der Parteien im Vergleich

In der Zeit einer tiefen Wirtschafts- und Finanzmarktkrise haben die Parteien ihre Wahlprogramme für die Bundestagswahlen am 27. September 2009 verabschiedet. Zwar nimmt die Bevölkerung Wahlprogramme meist nur am Rande wahr, hat sie doch oft genug die Erfahrung gemacht, dass Programme und reale Politik nicht identisch sind. Dennoch lässt sich an Wahlprogrammen genau ablesen, mit welchen Positionen die Parteien in den Wahlkampf gehen, sind sie ein Spiegelbild vor allem der inhaltlichen Verfasstheit der Parteien. Sie werden in der Regel von Wahlparteitagen beschlossen, geben also nicht nur die Auffassung der jeweiligen engeren Parteispitze wieder. Das trifft auf die SPD, die FDP, Die Grünen und DIE LINKE zu. CDU und CSU haben ihr Wahlprogramm lediglich auf einer gemeinsamen Vorstandstagung verabschiedet und einen Tag später auf einer Konferenz verkündet. Die Länge der Programme und damit die detaillierte Ausführung der Positionen unterscheiden sich. Die Unionsparteien haben das kürzeste, Die Grünen das längste Wahlprogramm. Ein Vergleich der Programme lässt Rückschlüsse auf die inhaltlichen Positionen auf den einzelnen Politikfeldern zu, die über die Schwerpunkte im Wahlkampf hinausgehen. Wir behandeln nicht alle, aber wichtige ausgewählte Politikfelder.

Die Botschaften der Parteien

Sowohl die CDU/CSU als auch die SPD sehen in der Wiederbelebung der Sozialen Marktwirtschaft die zentrale Idee für die Gestaltung der Zukunft und für die Überwindung der Krise. Es gibt aber auch Unterschiede. Die SPD sagt, die Krise sei das Ergebnis einer Ideologie, bei der maximaler Profit und nicht mehr der Mensch im Mittelpunkt stehe. Das müsse umgekehrt werden. Das marktradikale Zeitalter sei gescheitert. Daher spricht sich die SPD für einen starken, handlungsfähigen Staat aus. Die Union nimmt für sich in Anspruch, die soziale Marktwirtschaft gegen Widerstände etabliert zu haben.

Nunmehr müssten deren erfolgreiche Prinzipien europaweit und international durchgesetzt werden. Die CDU wendet sich gegen den „Irrglauben“, der Staat sei der bessere Unternehmer, und lehnt es ab, dass der Staat unternehmerische Entscheidungen an sich zieht. Der Staat müsse vielmehr helfen, dass die Selbstheilungskräfte des Marktes neu geweckt werden. Durch mehr Wirtschaftswachstum will die Union sowohl den Haushalt konsolidieren als auch die Steuern senken und mehr Zukunftsinvestitionen durchsetzen.

Für die FDP ist die Soziale Marktwirtschaft ebenfalls der zentrale Begriff. Sie stellt ihn noch deutlicher als die Union in den Kontext von „Freiheit und Verantwortung und weniger staatliche Bevormundung“. Die Botschaft lautet hier: „Leistung muss sich lohnen. [...] Wir wollen einfache, niedrige und gerechte Steuern für mehr Netto vom Brutto. Wir setzen Eigenverantwortung gegen die Bevormundung durch bürokratische Auswüchse des sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaates.“

Die zentrale Botschaft der Grünen ist ein „Grüner Neuer Gesellschaftsvertrag“. Es gebe kein Zurück, nicht zur Bundesrepublik der 70er Jahre und schon gar nicht zur DDR. Der Neue Gesellschaftsvertrag verbinde ökologische Fairness und eine Politik der Teilhabe und sozialer Sicherheit, die allen ein selbstbestimmtes Leben ermögliche. Er verbinde Klima, Gerechtigkeit und Freiheit. Es bedürfe jetzt einer neuen industriellen Revolution. „Wir müssen aufbrechen ins solare Zeitalter.“

DIE LINKE geht nicht nur davon aus, dass der Markt radikalismus versagt habe, sondern der globale Kapitalismus sei weniger denn je in der Lage, einigermaßen erträgliche menschenwürdige Lebensbedingungen zu gewährleisten. Die Partei nennt ihn ein „menschenverachtendes System“. Die Vertreterinnen und Vertreter dieses Systems hätten abgewirtschaftet, ihnen dürfe das Land nicht länger überlassen werden. Die anderen Parteien stünden für eine Politik des „Weiter so“ im Prinzip und für Änderungen im Detail. Gerade in den letzten zehn Jahren hätten sich die Regierungen in den Dienst des Kapitals gestellt. Es gehe um die Alternative: Ent-

weder es setze sich ein renditeorientiertes Gesellschaftsmodell durch und die Mehrheit der Bevölkerung bezahle dafür oder „wir erkämpfen den Einstieg in eine andere Gesellschaft, in der die Bedürfnisse der Menschen im Mittelpunkt stehen“. Die zentrale Botschaft der Partei lautet: „Es gilt die Gleichung: Je stärker DIE LINKE, desto sozialer unser Land.“

Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik

Hier ist das Herangehen von Union und FDP auf der einen und das von SPD, Grünen und LINKEN auf der anderen Seite völlig unterschiedlich. Im Mittelpunkt der Programmtexte von Union und FDP zu diesem Thema stehen der Mittelstand sowie Investitionen in Bildung und Wissenschaft und der Ausbau der Infrastruktur. Die Union und – noch stärker – die FDP betonen, dass sie die Bürokratie gegenüber dem Mittelstand abbauen wollen. Die FDP formuliert es ganz schlicht: „Eine Politik, die den Mittelstand stärkt, ist die beste Wirtschaftspolitik.“

Die Positionen zur Arbeitsmarktpolitik bleiben bei diesen Parteien eher untergewichtet. Die CDU/CSU bleibt bei ihrem Slogan: „Sozial ist, was Arbeit schafft.“ CDU/CSU und FDP setzen sich für eine Begrenzung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen ein. „Nur Maßnahmen, die Arbeitslose wirksam in Beschäftigung mit Perspektive bringen, sollen fortbestehen“, meint die Union. Die FDP will gleich die ganze Bundesanstalt für Arbeit auflösen.

Bei SPD, Grünen und LINKEN spielt hingegen das Problem der „guten Arbeit“ neben Zukunftsinvestitionen eine herausragende Rolle. SPD, Grüne und LINKE fordern allgemeine, gesetzliche Mindestlöhne. SPD und Grüne sehen die Mindestlohnhöhe derzeit bei 7,50 Euro. DIE LINKE fordert einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn, der „in der nächsten Wahlperiode auf 10 Euro erhöht wird und Jahr für Jahr zumindest in dem Maße wächst, wie die Lebenshaltungskosten steigen“. CDU/CSU und FDP wenden sich generell gegen Mindestlöhne. Die Union tritt nach wie vor für „eine Kombination aus fairen Löhnen und ergänzenden staatlichen Leistungen“ ein“. Mit einem solchen Mindesteinkommen gelinge es, Arbeitsplätze zu schaffen – mit dem Mindestlohn würden sie zerstört.

Auch bei den Mini-Jobs gibt es unterschiedliche Positionen. CDU und CSU wollen sie erhalten. Die FDP will die Einkommensgrenze für Mini-Jobs sogar von 400 auf 600 Euro erhöhen, also ohne Sozialabgaben erweitern. DIE LINKE will diese Jobs abschaffen. Die Grünen sehen Mini- und Midi-Jobs wegfallen, wenn sich ihr Modell der Entlastung der unteren Einkommen von Sozialversicherungsbeiträgen durchsetzt. Die SPD will die Mini-Jobs wieder auf 15-Wochenstunden beschränken.

Bei der Leiharbeit wollen die SPD, Die Grünen und DIE LINKE das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ durchsetzen. DIE LINKE will darüber hinaus eine strikte Begrenzung der Leiharbeit und eine zusätzliche Flexibilitätsvergütung für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter. CDU/CSU und FDP sehen in dieser Richtung keinen Handlungsbedarf.

Die SPD, Die Grünen und DIE LINKE wollen endlich das Prinzip „gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ zwischen Männern und Frauen durchsetzen. Vor allem DIE LINKE und Die Grünen wollen, dass das Gleichstellungsgesetz auch auf den privaten Sektor ausgedehnt wird. Die CDU/CSU hingegen formuliert sehr allgemein: „Die Chancen- und Lohngleichheit von Frauen zu verwirklichen, ist Teil einer Gesellschaft des Zusammenhalts.“ Während DIE LINKE und Die Grünen einen Frauenanteil von 50 Prozent in den Führungsgremien von Unternehmen wollen und die SPD einen Anteil von 40 Prozent, spricht die CDU/CSU nur allgemein von der „Förderung von Frauen in Führungspositionen“.

Bei den Arbeitnehmerrechten und der Mitbestimmung gibt es gegensätzliche Positionen. Die Pole bilden hier die FDP auf der einen und DIE LINKE auf der anderen Seite. Die FDP wendet sich gegen allgemeingültige Tarifverträge, will die Kosten für die Mitbestimmung begrenzen und dabei die Zahl der Betriebsratsmitglieder deutlich reduzieren. Der Kündigungsschutz soll erst für Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten und nach einer Beschäftigungsdauer von zwei Jahren gelten. Die Drittelparität müsse die paritätische Mitbestimmung ersetzen.

Im Wahlprogramm der LINKEN ist dagegen „Wirtschaftsdemokratie“ ein zentraler Begriff. DIE LINKE will den Kündigungsschutz ausweiten, Massenentlassungen bei Unternehmen, die nicht insolvenzgefährdet sind, verbieten und das Recht auf politischen Streik durchsetzen. Die paritätische Mitbestimmung soll es in allen Unternehmen ab 100 Beschäftigten geben. Die Belegschaften sollen an den großen Unternehmen beteiligt werden. Staatliche Hilfen sollen nur im Tausch gegen Eigentumsanteile der öffentlichen Hand und der Belegschaften vergeben werden. Verstaatlichungen oder Teilverstaatlichungen sollen mit demokratischer Kontrolle und Mitbestimmung verbunden werden.

SPD und Grüne wollen die Arbeitnehmerrechte ebenfalls ausbauen, bleiben aber allgemeiner und unverbindlicher. Die Sozialdemokraten formulieren, die mitbestimmungspflichtigen Geschäfte sollen ausgeweitet, die Beteiligungsrechte erweitert und die mitbestimmungsfreien Zonen reduziert werden. Die Grünen möchten die ArbeitnehmerInnen stärker am Betriebsvermögen beteiligen.

Zukunftsinvestitionen spielen bei allen Parteien eine große Rolle. Besonders prononciert betonen Die Grünen, DIE LINKE und auch die SPD die öffentlichen

Zukunftsinvestitionen. Während die SPD hier sehr unverbindlich bleibt, legen sich Die Grünen und DIE LINKE genauer fest. Die Grünen wollen 400.000 Arbeitsplätze durch ökologische Modernisierung, 185.000 durch Bildungsinvestitionen, 150.000 durch Investitionen in ein gerechtes Gesundheitssystem, 60.000 im sozialen Arbeitsmarkt und 200.000 durch den Abbau von Schwarzarbeit schaffen.

DIE LINKE geht in ihren Forderungen am weitesten. Sie will ein Zukunftsprogramm für zwei Millionen Arbeitsplätze auflegen – mit Investitionen von 100 Mrd. Euro pro Jahr in Bildung, Gesundheit, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr. Damit soll die Krise bekämpft werden. Zusätzlich soll ein Zukunftsfonds für eine nachhaltige Wirtschaft eingerichtet und mit weiteren 100 Mrd. Euro für eine zukunftsfähige, sozial-ökologische Entwicklung, für industrielle Arbeitsplätze und für die Unterstützung der Unternehmen bei der Umstellung auf energie- und rohstoffeffiziente Verfahren ausgestattet werden. Eine Million dieser Arbeitsplätze sollen im öffentlichen Dienst sowie 500.000 Arbeitsplätze in einem öffentlich geförderten, gemeinnützigen Beschäftigungssektor entstehen.

Die wichtige Rolle der öffentlichen Daseinsvorsorge wird vor allem von SPD, Grünen und LINKEN thematisiert. Während DIE LINKE klar formuliert, sie wolle die Privatisierung öffentlichen Eigentums stoppen und „in wichtigen Fällen rückgängig machen“, bleibt die SPD unverbindlich. Sie will lediglich „faire Wettbewerbsregeln für öffentliche Unternehmen im nationalen und europäischen Raum“. Immerhin sollen Entscheidungen darüber, welche Leistungen der Daseinsvorsorge wie erbracht werden, die EU-Mitgliedsstaaten und deren Gebietskörperschaften selbst entscheiden. Die Grünen formulieren: „Nur ein starker und zuverlässiger Staat kann die notwendigen öffentlichen Güter in hoher Qualität bereitstellen oder unter bestimmten Bedingungen von privater Seite bereitstellen lassen.“

Finanz- und Steuerpolitik

In der **Finanzpolitik**, insbesondere bei der Bewältigung der internationalen Finanzmarktkrise, gehen die Vorstellungen der Parteien – bis auf die der LINKEN – in eine ähnliche Richtung: wirksamere Bankenregulierung und Finanzmarktaufsicht, mehr Transparenz bei Finanzinvestoren, Regulierung der Private-Equity- und Hedge-Fonds, Veränderungen bei den Rating-Agenturen, Austrocknung der Steueroasen, Begrenzung der Managergehälter. Allerdings gibt es Unterschiede im Detail. So verlangt die FDP, dass sich der Staat nach der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage wieder zurückziehen müsse, und will einen „Re-Privatisierungsrat“ einsetzen. Sie ist der Ansicht, dass die Finanzmarktkri-

se lediglich auf ein Staatsversagen zurückzuführen sei. SPD und Grüne wollen (wie DIE LINKE) eine Börsenumsatzsteuer (Grüne: europäische Finanzumsatzsteuer) einführen.

DIE LINKE geht in ihren Vorstellungen zur Bekämpfung der Finanzmarktkrise weit über die Positionen der anderen Parteien hinaus. Sie fordert, die Privatbanken zu vergesellschaften, den Finanzsektor der öffentlichen Kontrolle zu unterwerfen und strikt zu regulieren. Er soll dem Allgemeinwohl verpflichtet werden. Außerbilanzielle Zweckgesellschaften, Hedge- und Privat-Equity-Fonds sollen verboten werden. Während DIE LINKE zu festen Wechselkursen zurückkehren, die Europäische Zentralbank (EZB) reformieren und durch das Europäische Parlament und den Rat der Wirtschafts- und Finanzminister kontrollieren lassen will, wenden sich CDU/CSU und FDP vehement gegen Versuche, die Unabhängigkeit der EZB anzutasten.

In der **Steuerpolitik** gehen die Vorstellungen der Parteien weit auseinander. Bei der *Einkommenssteuer* werden in unterschiedlicher Weise beim Eingangssteuersatz und bei der Beseitigung der kalten Progression Verbesserungen vorgeschlagen: Die Union will den Eingangssteuersatz im ersten Schritt von 14 auf 13 Prozent und in einem zweiten Schritt auf 12 Prozent senken. Die CSU fordert in ihrem Wahlaufuf, diese beiden Schritte bereits 2011 und 2012 umzusetzen. Der Spitzensteuersatz soll laut CDU/CSU nicht mehr ab 52.552 Euro, sondern ab 55.000 Euro gelten und später nur noch ab 60.000 Euro zum Zuge kommen. Die steuerliche Berücksichtigung von Kindern soll auf den für Erwachsene geltenden Freibetrag von 8.004 Euro angehoben werden.

Letzteres will die FDP auch. Sie möchte aber das ganze Einkommens-Steuersystem ändern und durch einen Stufentarif mit Grundfreibetrag und den drei Stufen 10, 25 und 35 Prozent die Steuerbelastung generell senken. Für Einkommen, die den Grundfreibetrag von 8.004 Euro übersteigen, gelte für die ersten 20.000 Euro zu versteuerndem Einkommen ein Steuersatz von 10 Prozent, zwischen 20.000 und 50.000 Euro ein Steuersatz von 25 Prozent und für Einkommensteile ab 50.000 Euro ein Steuersatz von 35 Prozent.

Die SPD wiederum macht den Vorschlag, dass diejenigen, die keine Steuererklärung abgeben, einen Bonus von 300 Euro erhalten. Der Eingangssteuersatz soll von 14 auf 10 Prozent gesenkt werden. Der Spitzensteuersatz soll auf 47 Prozent ab einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 125.000 Euro (Verheiratete 250.000 Euro) angehoben werden. Der Kinderfreibetrag soll um 200 Euro pro Kind erhöht werden (derzeit 3.864 Euro). Die Grünen wollen den Grundfreibetrag auf 8.500 Euro und den Spitzensteuersatz von 42 auf 45 Prozent erhöhen. Die Geringverdiener sollen vor allem über eine Reduzierung der Sozialabgaben entlastet werden.

DIE LINKE will den Grundfreibetrag auf 9.300 Euro

anheben, so dass mehr als 12.000 Euro brutto im Jahr steuerfrei bleiben. Die Steuerbelastung soll bis zum Spitzensteuersatz von 53 Prozent (Eintrittspunkt: 65.000 Euro) linear ansteigen. Das führe dazu, dass diejenigen, die weniger als 70.245 Euro im Jahr zu versteuern haben, entlastet und diejenigen, die mehr haben, belastet werden. Statt der 25 Prozent Pauschalsteuer auf Kapitalerträge sollen diese Erträge wieder nach dem persönlichen Steuersatz versteuert werden.

Die Grünen und DIE LINKE möchten das Ehegattensplitting abschaffen. Die SPD will es so ausgestalten, dass der Splittingvorteil bei hohen Einkommen gekappt wird. Die Union will das Ehegattensplitting voll erhalten.

Bei der *Unternehmensbesteuerung* will vor allem die FDP die Unternehmen deutlich entlasten. So sollen die Einschränkung der Verlustnutzung bei Übernahmen und Sanierungen, die „Bestrafung von Investitionen im Ausland (Funktionsverlagerung)“ u. a. wieder abgeschafft werden. Für Unternehmen, gleich welcher Rechtsform, solle ein Zwei-Stufen-Tarif von 10 und 25 Prozent gelten.

Hingegen will DIE LINKE die Senkung der Körperschaftssteuer von 25 auf 15 Prozent wieder zurücknehmen und die Bemessungsgrundlage verbreitern. Die Grünen wollen die Gewerbesteuer zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer weiter entwickeln und damit die Bemessungsgrundlage ebenfalls erweitern. Auch Freiberufler sollen in die Gewerbesteuer einbezogen werden.

Die *ökologische Steuerreform* soll nach dem Willen der Grünen weitergeführt werden. Die Kohlesubventionen sollen beendet und Ausnahmen bei der Ökosteuer gestrichen werden. Die Steuerbefreiung für Flugbenzin soll ebenso abgeschafft werden wie das Dienstwagenprivileg für große Spritfresser. Statt einer Entfernungspauschale soll es eine Mobilitätszulage geben, die allen Beschäftigten gezahlt wird.

Bei der *Mehrwertsteuer* bleibt die Union sehr nebulös. Sie schreibt, dass die Mehrwertsteuerbelastung strukturell überprüft und nicht mehr zeitgemäße und für die Bürger nicht nachvollziehbare Belastungen korrigiert werden. Die CSU verlangt in ihrem Wahlaufuf einen niedrigeren Mehrwertsteuersatz (beispielsweise 7 Prozent) für das Hotel- und Gaststättengewerbe. DIE LINKE fordert, den ermäßigten Umsatzsteuersatz von sieben Prozent auf Produkte und Dienstleistungen für Kinder, apothekenpflichtige Arzneimittel und arbeitsintensive Dienstleistungen des Handwerks, auf Hotellerie und Gastronomie sowie auf den Schienenpersonenverkehr auszuweiten.

Bei der *Erbschaftssteuer* will die Union den erzielten Kompromiss mit der SPD „überprüfen“, die CSU will ihn laut ihres gesonderten Wahlaufuf ändern: Diese Erbschaftssteuer könne schon aus dem christlichen

Familienbild heraus nicht Bestand haben, weil Schwester und Bruder, Nichte und Neffe so behandelt würden, als ob sie nicht verwandt seien. Da die Erbschaftssteuer eine Ländersteuer sei, solle die Zuständigkeit für ihre Regelung auch auf die Länder übergehen.

Nach Auffassung der Grünen hingegen sollen große Erbschaften stärker als bisher zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben herangezogen werden. Die Partei will zur Bewältigung der Krise eine zeitlich befristete, einmalige Vermögensabgabe erheben. Über die Höhe wird nichts ausgesagt. DIE LINKE fordert die Erhöhung der Erbschaftssteuer und will die Vermögenssteuer als *Millionärssteuer* wieder einführen. Privatvermögen von über einer Million Euro soll mit mindestens fünf Prozent versteuert werden.

Sozialpolitik

In der Sozialpolitik geht es vor allem um die Gesundheitspolitik, die Rentenpolitik und das Arbeitslosengeld II (ALG II). In der **Gesundheitspolitik** ist die CDU/CSU die einzige Kraft, die keinen Kurswechsel anstrebt. Es gehe lediglich um eine „ständige Weiterentwicklung“. Die Orientierung lautet: Mehr Transparenz und Wettbewerb, weniger Bürokratie. Man bekennt sich zu den privaten Krankenversicherungen und zu den freien Berufen. Medizinische Versorgungszentren soll es nur unter bestimmten Umständen geben. Noch deutlicher wird die FDP. Ihr Motto lautet: „Privat kommt vor Staat.“ Sie will nicht nur die privaten Krankenkassen stärken, sondern den Gesundheitsfonds wieder abschaffen und durch eine Krankenversicherung ersetzen, die generell auf einem Prämiensystem mit Kapitaldeckung beruht. Die Lohnbezogenheit soll generell aufgehoben werden. Es soll eine unterschiedliche Tarifgestaltung geben, und die FDP plädiert für „unbürokratisch ausgestaltete Selbstbeteiligungen“ statt der gegenwärtigen Praxisgebühr.

Die SPD, Die Grünen und DIE LINKE streben eine Bürgerversicherung an, in die alle Bürgerinnen und Bürger einbezogen werden. Auch alle Einkommen sollen zur Finanzierung der Gesundheitsaufgaben herangezogen werden. Das Prinzip der Parität von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeitrag soll wieder gelten. Die Grünen wollen zusätzlich die Praxisgebühr und die Medikamentenzuzahlungen wieder abschaffen. DIE LINKE will das auch, geht aber noch darüber hinaus: Sie fordert die Beitragsbemessungs- und die Versicherungspflichtgrenzen aufzuheben und den Anspruch für Brillen und Zahnersatz wieder einzuführen. Sie will eine Positivliste bei Medikamenten durchsetzen und die Gesundheitskarte verhindern. Die Privatisierung von Krankenhäusern soll gestoppt oder rückgängig gemacht werden.

Auch in der **Rentenpolitik** gibt es deutliche Unterschiede. Zwar bekennen sich alle Parteien zur gesetzlichen Rentenversicherung als Kernstück des Rentensystems. Sie betonen aber – außer der LINKEN – auch die Notwendigkeit von betrieblichen Renten und privater Vorsorge und deren Förderung durch den Staat. Die Union will die private Vorsorge steuerlich besser stellen. Die FDP will die Alterssicherung generell stärker in Richtung private Kapitaldeckung umbauen. Hingegen will DIE LINKE die staatliche Unterstützung der privaten Vorsorge einstellen und alle Kürzungsfaktoren aus der Rentenformel wieder eliminieren, um so die gesetzliche Rentenversicherung zu stärken. Die SPD, Die Grünen und DIE LINKE wollen die Parität der Beitragszahlungen von Arbeitgeber und Arbeitnehmer wiederherstellen.

Die einzige Partei, die für die Rücknahme der Rente mit 67 eintritt, ist DIE LINKE. Hingegen lobt die Union die „maßvolle Anhebung des Renteneintrittsalters“. SPD, FDP und Grüne wollen lediglich mehr Möglichkeiten für einen flexiblen Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand. Allerdings sind hier die Positionen über die Ausgestaltung verschieden. Die FDP will „bei versicherungsmathematisch korrekten Zu- und Abschlägen“ diese Regelung ab 60 Jahre einführen. Die Grünen wollen die Altersgrenze für eine abschlagsfreie Erwerbsminderungsrente wieder auf 63 Jahre senken, und es sollte ein Bezug von Teilrente bereits ab dem 60. Lebensjahr möglich sein. Letzteres will die SPD auch, bleibt aber ansonsten allgemein. DIE LINKE fordert „flexible Ausstiegsmöglichkeiten ohne Abschläge vor dem 65. Lebensjahr“.

Während die SPD, Die Grünen und DIE LINKE für die Erweiterung der Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung eintreten, lehnt die CDU/CSU dies deutlich ab. DIE LINKE will hier die Beitragsbemessungsgrenze aufheben und die damit verbundenen Rentenerhöhungen abflachen, d. h. die Mittel für die solidarische Umverteilung erhöhen.

Die Parteien thematisieren auch die drohende Altersarmut. Die Union will sich dafür „stark machen“, dass diejenigen, die „ein Leben lang Vollzeit beschäftigt waren, eine Rente oberhalb des Existenzminimums“ erhalten. Diese soll bedarfsabhängig ausgestaltet und aus Steuermitteln bezahlt werden. Die SPD will Zeiten der Langzeitarbeitslosigkeit begrenzt höher bewerten, wenn zum Zeitpunkt des Rentenzugangs weniger als 30 Entgeltpunkte vorhanden sind. Die Grünen wollen generell (auch schon für gegenwärtige Rentnerinnen und Rentner) unzureichende Ansprüche auf ein Mindestniveau aufstocken. Es soll eine staatlich finanzierte Garantierente geben, die aus Steuermitteln finanziert wird. DIE LINKE sagt eindeutig: Kein Mensch dürfe im Rentenalter weniger als 800 Euro im Monat zum Leben haben. Generell solle der Lebensstandard im Alter gesi-

chert sein, die langjährigen Beitragszahlerinnen und Beitragszahler sollen eine Rente „deutlich oberhalb des Grundsicherungsniveaus“ erhalten. Alle Parteien setzen sich für ein einheitliches Rentensystem in Ost und West ein.

Die CDU/CSU und die SPD wollen die **Regelungen beim Arbeitslosengeld II** (Hartz IV) beibehalten. Lediglich beim Schonvermögen für die Altersvorsorge soll es Verbesserungen geben.

Die FDP plädiert für ein Bürgergeld, in das alle Sozialleistungen (inklusive der für Miete, Sozialbetreuung usw.) eingehen sollen. Die Leistungen sollen grundsätzlich pauschaliert gewährt werden. Der Bürgergeldanspruch für Alleinstehende soll im Bundesdurchschnitt 662 Euro pro Monat betragen. Das Prinzip der Bedarfsgemeinschaft soll gelten. Das Bürgergeld werde vom Finanzamt berechnet und ausgezahlt. Bei Ablehnung einer zumutbaren angebotenen Arbeit werde das Bürgergeld gekürzt. Bei einem Hinzuverdienst bis 600 Euro sollen vom eigenen Einkommen 40 Prozent und von 600 Euro bis zum Auslaufen des Bürgergeldes 60 Prozent des Bruttoarbeitseinkommens anrechnungsfrei bleiben. Das Schonvermögen für die Alterssicherung soll verdreifacht werden (750 Euro pro Lebensjahr).

Die Grünen räumen ein, dass sie in der Regierungszeit von Rot-Grün dem Anspruch einer armutsfesten Existenzsicherung durch ihre Arbeitsmarktreformen und durch das ALG II nicht gerecht geworden sind. Sie fordern jetzt 420 Euro als Regelsatz für Erwachsene. Und sie wollen eine Grundsicherung, die ohne Sanktionen auskommt. Die Zumutbarkeitsregeln beim ALG II sollen entschärft und die Zuverdienstgrenzen verbessert werden. Die Anrechnung von Partnereinkommen soll abgeschafft und die private Altersvorsorge besser geschützt werden. Darüber hinaus soll es eine Kindergrundsicherung geben.

DIE LINKE geht wesentlich weiter. Sie will Hartz IV abschaffen, d. h. alle Erwerbslosen gleich behandeln, und alle Ein-Euro-Jobs in sozialversicherungspflichtige, tariflich bezahlte Arbeitsverhältnisse umwandeln. Für die kommende Wahlperiode fordert sie die Anhebung der Mindestsätze auf 500 Euro pro Monat. Nachweisbare Sonderbedarfe werden zusätzlich übernommen. Das Kindergeld ist anrechnungsfrei. Der Sanktionsparagraph wird abgeschafft. Bei Mietzahlungen soll der Mittelwert der ortsüblichen Vergleichsmiete gelten. Die U 25-Regelung wird ersatzlos gestrichen, die Vermögensfreigrenzen auf 20.000 Euro erhöht und das Schonvermögen für die Altersvorsorge auf 700 Euro pro Lebensjahr angehoben.

Umwelt- und Energiepolitik

Auf dem Gebiet der **Umweltpolitik** stimmen die unter-

suchten Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2009 in vielen Einzelaussagen überein. Jedoch sind diese Einzelaussagen vor dem Hintergrund der unterschiedlichen generellen Politikkonzepte zu bewerten. Neu ist, dass sich insbesondere CDU und CSU, aber auch die SPD aus dem grünen Baukasten bedient haben. Die Unionsparteien bleiben dabei jedoch stets im traditionellen Sinne wirtschaftsorientiert. Priorität hat für sie die Ökonomie, nicht die Ökologie. Die SPD hat dagegen zumindest partiell auch grünes Denken übernommen. Während die FDP glaubt, der Markt sei das ideale Steuerungsinstrument, setzen Die Grünen und die SPD auf einen Mix aus ordnungsrechtlichen und marktwirtschaftlichen Elementen. Dagegen betont DIE LINKE, die ebenfalls einen solchen Mix aus ordnungsrechtlichen und marktwirtschaftlichen Elementen in ihrem Instrumentenkasten bereithält, stärker soziale Fragen und Fragen des Eigentums an den Produktionsmitteln.

Angesichts des dramatischen globalen Klimawandels haben sich alle Parteien den **Klimaschutz** auf die Fahnen geschrieben. Sie wollen dem globalen Klimawandel entgegensteuern und die negativen Auswirkungen der globalen Erwärmung begrenzen. Sie möchten dazu beitragen, die durchschnittliche Erwärmung der Erdatmosphäre auf maximal zwei Grad Celsius im Vergleich zur vorindustriellen Ausgangssituation zu beschränken. Der Treibhausgas-Ausstoß soll deutlich gesenkt werden. Während CDU/CSU, FDP, SPD und Grüne den **Emissionshandel** prinzipiell befürworten, zumeist weitere Branchen mit einbeziehen und ihn langfristig zu einem globalen System weiterentwickeln wollen, lehnt ihn DIE LINKE in seiner bisherigen Form ab.

In der **Energiepolitik** setzen alle Parteien auf Erneuerbare Energien, auf Energieeffizienz und auf Energiesparen. Dennoch unterscheiden sich ihre Konzepte deutlich voneinander. Vor allem im Unterschied zur CDU/CSU und zur FDP will DIE LINKE die Energiekonzerne in öffentliches Eigentum überführen und einer demokratischen Kontrolle unterstellen.

Zu den Hauptstreitpunkten gehört die Frage der Nutzung der Kernkraft und fossiler Energieträger. CDU/CSU und FDP halten die Kernenergie vorerst für einen unverzichtbaren Teil in einem ausgewogenen Energiemix und streben eine Laufzeitverlängerung sicherer Kernkraftwerke an. Dagegen wollen die SPD und Die Grünen den Atomausstieg ohne Wenn und Aber fortsetzen und komplett aus der Atomenergie aussteigen. Sie lehnen eine Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke ab. DIE LINKE fordert die unverzügliche und unumkehrbare Stilllegung aller Atomanlagen. CDU/CSU, FDP und SPD treten für eine effiziente Nutzung fossiler Energieträger ein, befürworten den Bau neuer hocheffizienter Kohlekraftwerke und setzen dabei auf die Technologie zur Abscheidung und Speicherung

von CO₂ (CCS). Die Grünen und DIE LINKE lehnen den Bau neuer Kohlekraftwerke dagegen ebenso ab wie die CCS-Technologie.

Bildungs- und Familien-Politik

Auf dem Gebiet der **Bildungspolitik** betonen alle Parteien die Bedeutung von guter Bildung als entscheidendem Zukunftsfeld. CDU/CSU, FDP, SPD und LINKE wollen gesamtstaatlich zehn Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Bildung und Forschung bzw. sieben Prozent für Bildung bereitstellen. Während CDU/CSU und SPD dieses Ziel bis 2015 erreichen möchten, strebt die FDP diese Marke bereits für 2010 an. Auch Die Grünen wollen massiv ins Bildungssystem investieren und dafür frei werdende Mittel des Solidaritätszuschlags im Sinne eines „Bildungssolis“ und Teile einer reformierten Erbschaftssteuer nutzen. Die SPD will auf sehr hohe Einkommen einen Bildungszuschlag einführen. DIE LINKE verlangt von Bund und Ländern, im Rahmen eines nationalen Bildungspaktes jährlich rund 18 Milliarden Euro mehr in Bildung zu investieren. Während für CDU/CSU und FDP Bildung Ländersache bleiben soll, sind SPD, Grüne und LINKE der Auffassung, dass ein sozial gerechtes und zukunftsfähiges Bildungssystem eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen werden müsse.

Alle Parteien (mit Ausnahme der FDP) sprechen sich für den flächendeckenden Ausbau von Ganztagschulen aus. Während CDU/CSU und FDP das gegliederte Schulsystem nicht in Frage stellen, treten die SPD, Die Grünen und DIE LINKE für ein längeres gemeinsames Lernen ein und wollen (langfristig) das gegliederte Schulsystem überwinden. Im Unterschied zu den anderen Parteien machen sich CDU und CSU für den konfessionellen Religionsunterricht stark, der in allen Bundesländern zum Kanon der Pflichtfächer zählen müsse. Während die FDP die Erhebung von „Studienbeiträgen“ befürwortet, lehnen die SPD, Die Grünen und DIE LINKE Studiengebühren ab.

Alle Parteien vertreten die Auffassung, dass jeder junge Mensch die Chance auf einen Ausbildungsplatz erhalten müsse. Nur die Wege, die sie dazu einschlagen möchten, unterscheiden sich deutlich. CDU/CSU und SPD setzen hierbei auf den mit der Wirtschaft vereinbarten Ausbildungspakt. Demgegenüber verlangen Die Grünen für die Branchen, in denen unterproportional ausgebildet wird, die Ausbildungskosten durch regionale oder branchenspezifische, verpflichtende Umlagesysteme besser zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben zu verteilen. DIE LINKE fordert die Einführung einer generellen Ausbildungsplatzumlage im dualen System.

In der **Familienpolitik** treten alle Parteien dafür ein, dass die Betreuungs- und Bildungsangebote für Kinder

ausgebaut werden, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Nach den Vorstellungen von CDU/CSU, FDP, SPD, Grünen und LINKEN soll es einen Rechtsanspruch auf einen ganztägigen Kinderbetreuungsplatz ab Vollendung des ersten Lebensjahres eines Kindes geben. Während CDU und CSU ein monatliches Betreuungsgeld für Eltern einführen wollen, wenn sie keinen Krippenplatz in Anspruch nehmen, lehnt die FDP explizit ein solches Betreuungsgeld ab. Den Kindergarten- bzw. -tagesstättenbesuch wollen alle Parteien (langfristig) beitragsfrei ermöglichen. CDU und CSU stellen dies jedoch unter Finanzierungsvorbehalt.

Alle Parteien versprechen, dass sie Deutschland familienfreundlicher machen und die Lage von Familien und Alleinerziehenden mit Kindern – allerdings mit unterschiedlichen Maßnahmen – finanziell deutlich verbessern wollen. Die FDP, Die Grünen und DIE LINKE legen dabei die Betonung auf die Förderung der Kinder, während CDU und CSU traditionell den Akzent auf die Familie setzen. Die Grünen, DIE LINKE und die SPD streben – bei Unterschieden im Detail – eine Kindergrundsicherung an.

Bürgerrechte und Demokratie

Auf dem Feld von Bürgerrechten und Demokratie öffnet sich eine Kluft zwischen den Grünen, der LINKEN, der FDP und – mit gewissen Abstrichen – der SPD auf der einen Seite und der CDU/CSU auf der anderen Seite. Während die erstgenannten Parteien die Erweiterung von Bürgerrechten und Demokratie thematisieren, ist dies für die Union kein Thema. Vielmehr laufen die von ihr anvisierten Maßnahmen im Kern auf eine deutliche Einschränkung von Bürgerrechten und Demokratie hinaus.

Die CDU/CSU geht davon aus, dass sich Deutschland heute neuen Formen von Bedrohung – insbesondere durch Terrorismus und organisierte Kriminalität – gegenüber sehe. Damit begründen die Unionsparteien ihre Bestrebungen, die Polizei personell, organisatorisch und technisch aufzurüsten und die rechtlichen Rahmenbedingungen „fortzuentwickeln“. Obwohl beide Parteien behaupten, gegen den „gläsernen Bürger“ zu kämpfen, denken sie an den verstärkten Einsatz von Videokameras an Brennpunkten, an den „genetischen Fingerabdruck“, an eine nationale Visa-Einlader- und Warndatei und an die Vereinfachung des Ausweisungsrechts. Sie setzen sich für europaweit abrufbare Fahndungsausschreibungen und den Abgleich von Ermittlungsdaten ein. Sie wollen das Bundeskriminalamt (BKA) personell und technisch weiter „stärken“ und haben dabei offensichtlich das amerikanische FBI zum Vorbild. In besonderen Gefährdungslagen müsse ein Einsatz der

Bundeswehr im Innern bei der Bewältigung terroristischer Gefahren möglich sein.

Gegenüber diesen Positionen der CDU/CSU lehnen FDP, SPD, Grüne und LINKE einen Einsatz der Bundeswehr im Innern ab, wenden sich gegen einen Abbau von Bürgerrechten und Demokratie, wollen „mehr Demokratie wagen“ und treten für den Schutz der Bürgerrechte, für die Modernisierung des Datenschutzes und des Datenschutzrechtes und für die Verbesserung des Arbeitnehmerdatenschutzes ein. Die Trennung von Militär und Polizei, von geheimdienstlicher und polizeilicher Tätigkeit ist für sie eine unaufgebbare Grundregel eines demokratischen Staatsaufbaus. Auch der Antiterrorkampf legitimierte keinen Menschenrechtsrabatt – keine Aufweichung des absoluten Folterverbots, keine Aushöhlung rechtsstaatlicher Standards im Strafrecht oder Strafverfahren. So betonen Die Grünen in ihrem Wahlprogramm: „Wer im Namen der Sicherheit die Freiheit opfert, der verliert am Ende beides.“

Die FDP, Die Grünen und DIE LINKE positionieren sich in diesem Zusammenhang noch deutlicher als die SPD. Diese drei Parteien wenden sich ausdrücklich gegen verdeckte Ermittlungsmethoden wie Video-, Späh- und Lauschangriffe und Rasterfahndung, gegen die Vorratsdatenspeicherung, gegen heimliche Online-Durchsuchungen und gegen einen Umbau des BKA zu einem deutschen FBI. Darüber hinaus setzen sich FDP und LINKE für eine effektive parlamentarische Kontrolle aller Nachrichtendienste ein und lehnen die Erhebung und Speicherung von Fluggastdaten ab. Die Grünen und DIE LINKE wollen im Sinne der Ausweitung der Demokratie das aktive Wahlrecht auf 16 Jahre herabsetzen.

Zur Frage von Volksentscheiden und anderen Instrumenten der **direkten Demokratie** nehmen die im Bundestag vertretenen Parteien sehr unterschiedliche, ja gegensätzliche Positionen ein. Während sich die SPD, die FDP, Die Grünen, DIE LINKE und die CSU für die Einführung von Volksentscheiden einsetzen, lehnt die CDU dies ab. Da sich CDU und CSU in dieser Frage nicht einigen konnten, fehlt dazu im gemeinsamen Wahlprogramm der Union jegliche Aussage. Pikant am Standpunkt der CSU ist allerdings, dass sie dieses Instrument der direkten Demokratie nur auf der EU-Ebene befürwortet, ganz offenbar mit dem Hintergedanken, Volksentscheide zur Verhinderung weiterer EU-Beitritte (insbesondere gegen den der Türkei) nutzen zu können.

Fragen der **Migrations- und Flüchtlingspolitik** werden in allen untersuchten Wahlprogrammen aufgegriffen. Während sich vor allem DIE LINKE und Die Grünen in ihren Wahlprogrammen für die Rechte von Flüchtlingen und Migranten einsetzen, deren Lage verbessern wollen und eine Abschottung der EU-Außengrenzen ablehnen, setzen CDU und CSU eher auf Begrenzung von Einwand-

derung. CDU/CSU und vor allem FDP orientieren ihre Einwanderungspolitik an den Interessen der deutschen Wirtschaft. Dagegen lehnt DIE LINKE eine Migrationspolitik nach arbeitsmarktlichen Nützlichkeitskriterien ab.

Während die Unionsparteien darauf pochen, dass Deutschland ein „Integrationsland“ sei, betonen FDP, SPD, Grüne und LINKE: „Deutschland ist ein Einwanderungsland.“ Während die CDU/CSU eine generelle Hinnahme doppelter Staatsbürgerschaften ablehnt, treten die FDP, die SPD, Die Grünen und DIE LINKE für die Möglichkeit der doppelten Staatsangehörigkeit ein. Während sich die Unionsparteien gegen ein kommunales Wahlrecht für Ausländer wenden, setzen sich FDP, SPD, Grüne und LINKE für ein kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Bürgerinnen ein.

Angesichts der Gefahren, die von Fremdenfeindlichkeit und **Rechtsextremismus** für die Demokratie ausgehen, befassen sich alle Wahlprogramme mit diesem Problem. So schreibt die SPD: „Wir betrachten den Kampf gegen Rechtsextremismus als eine der wichtigsten Aufgaben unserer Gesellschaft.“ Die Unionsparteien und die FDP sprechen allerdings im Sinne der Totalitarismus-Doktrin von „Extremismus jeder Art“, dem sie sich entschieden entgegenstellen wollen. Im Unterschied zu CDU/CSU und FDP streben die SPD, Die Grünen und DIE LINKE ein Verbot der NPD an. DIE LINKE fordert, rechtsextreme Gewalt zu ächten, staatlich zu verfolgen und konsequent zu ahnden. Der immer wiederkehrenden Kriminalisierung von Protest und Widerstand gegen Rechts müsse ein Ende gesetzt werden.

Außen-, Sicherheits- und Europa-Politik

In der Außen- und Sicherheitspolitik betonen die Parteien die Bedeutung von Friedenssicherung und Abrüstung und den Gedanken, durch präventive diplomatische Schritte das Ausbrechen internationaler Konflikte zu vermeiden. FDP, SPD, Grüne und LINKE streben explizit eine Welt ohne Atomwaffen an. Bei Unterschieden im Detail setzen sich alle Parteien für ein gutes Verhältnis sowohl zu den USA als auch zu Russland ein. Nur DIE LINKE vermeidet eine Aussage zu den USA, Die Grünen eine zu Russland.

Fast alle Parteien äußern sich zur **internationalen Wirtschafts- und Finanzordnung** und zur **Rolle internationaler Organisationen** wie der UNO, der Welthandelsorganisation (WTO), der Weltbank oder des Internationalen Währungsfonds (IWF). In der Regel sind sie sich darüber einig, dass deren Handlungsfähigkeit gestärkt werden solle. Nach Auffassung der Grünen und der LINKEN müssten langfristig alle zentralen Institu-

tionen globaler Koordination und Regulierung unter das Dach der UNO gebracht werden. DIE LINKE tritt für eine Reform des Weltwährungssystems ein und für eine Weltleitwährung, die nicht auf einer nationalen Währung basiert.

In der **Haltung zur NATO** und in der **Frage einer verstärkten militärischen Zusammenarbeit** in der Europäischen Union (EU) gibt es einen unüberbrückbaren Graben zwischen CDU/CSU, FDP, SPD und Grünen auf der einen Seite und der Partei DIE LINKE auf der anderen Seite. Während sich CDU/CSU, FDP und SPD zur NATO bekennen, in ihr den wichtigsten Garanten der Sicherheit Deutschlands sehen und sich für ein neues strategisches Konzept der NATO einsetzen, das auf die sicherheitspolitischen Veränderungen angemessen antwortet, soll die NATO nach dem Willen der LINKEN aufgelöst und durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands ersetzt werden. Nach Auffassung der Grünen bleibe die NATO als Klammer transatlantischer Sicherheitskooperation relevant. Jedoch seien gerade hier „politische Reformen unerlässlich, damit die NATO mittelfristig in eine kooperative Sicherheitsarchitektur überführt wird, die auf dem Prinzip des Friedens und gemeinsamer Sicherheit basiert“. Während CDU/CSU, FDP, SPD und Grüne – wenn auch sehr differenziert – dafür eintreten, einen militärischen Arm der EU zur Krisenprävention und Krisenreaktion zu schaffen, fordert DIE LINKE, die Europäische Verteidigungsagentur durch eine Abrüstungsagentur zu ersetzen und militärische Auslandseinsätze im Rahmen der Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik zu beenden. DIE LINKE erklärt kategorisch: „Es gibt keine »humanitären« Militärinterventionen. DIE LINKE lehnt daher alle völkerrechtswidrigen Militär- und Kriegseinsätze, auch mit UN-Mandat, ab.“

Während die Unionsparteien, die FDP und die SPD die **Bundeswehr** für ein unverzichtbares Instrument sowohl für die Landes- und Bündnisverteidigung als auch für internationale Krisenvorsorge und Krisenbewältigung halten und diese Armee modernisieren wollen, streben Die Grünen und DIE LINKE ihre deutliche Reduzierung an (Die Grünen: 200.000 Personen).

Differenziert positionieren sich die Parteien zu **Auslandseinsätzen der Bundeswehr**. Nach Auffassung der CDU/CSU müssten Auslandseinsätze in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz und dem Völkerrecht erfolgen und der Bewahrung oder Wiederherstellung des Friedens und der internationalen Sicherheit dienen. Für SPD und FDP bleiben militärische Einsätze das äußerste Mittel, wenn andere Instrumente zur Sicherung des Friedens und zum Schutz der Menschen keine Lösung herbeiführen könnten. Auslandseinsätze der Bundeswehr bedürften einer klaren völkerrechtlichen Legitimation sowie der Zustimmung des Deutschen Bundestages und müssten in ein politisches Gesamtkonzept integriert

sein. Die Grünen erklären: „Für Auslandseinsätze gelten für uns enge Grenzen, völkerrechtliche Legitimation und der Vorrang der zivilen Krisenbewältigung.“ Dagegen spricht sich DIE LINKE eindeutig gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr auch unter UN-Mandat aus.

Unterschiedliche Standpunkte nehmen die Parteien zur **Wehrpflicht** ein. Nach Auffassung von CDU und CSU sei die Wehrpflicht auch angesichts der neuen Bedrohungen der Sicherheit Deutschlands zukünftig notwendig; sie verbinde Bundeswehr und Gesellschaft. Die FDP will die Wehrpflicht schnellstens aussetzen und die Bundeswehr in eine Freiwilligenarmee umwandeln. Die SPD setzt auf die Fortentwicklung der Wehrpflicht und möchte zukünftig nur noch diejenigen zum Dienst in den Streitkräften einberufen, die sich zuvor bereit erklärt haben, den Dienst in der Bundeswehr zu leisten. Dagegen wollen Die Grünen und DIE LINKE die Wehrpflicht ganz abschaffen.

In der **Afghanistan-Politik** stehen CDU/CSU, FDP und SPD im Kern für ein „Weiter so“. Die Grünen verlangen einen Strategiewechsel in Afghanistan hin zum zivilen Aufbau und weg von der militärischen Eskalation. Nur DIE LINKE fordert einfach und klar den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan.

In der **Europa-Politik** bekennen sich alle Parteien zur EU. Sie setzen aber deutlich voneinander abweichende Akzente. Im Unterschied zur CDU/CSU halten FDP, SPD, Grüne und LINKE explizit am Ziel einer echten Verfassung für Europa fest. Hinsichtlich der europäischen Integration vertreten CDU und FDP die Auffassung, dass die Erweiterung der Europäischen Union zur gleichen Zeit eine Vertiefung des Einigungsprozesses erfordere, damit Europa handlungsfähig bleiben könne. Nach der jüngsten Erweiterungsrunde müsse es eine Konsolidierungsphase geben, um die Identität und die Institutionen der EU zu stabilisieren. Die SPD und Die Grünen wollen dagegen die EU-Erweiterungspolitik ohne derartige Vorbedingung als erfolgreiche Friedenspolitik fortführen. Während FDP, SPD und Die Grünen für eine Voll-Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union eintreten, wenn sie die „Kopenhagener Kriterien“ vollständig und umfassend erfüllt, plädiert die CDU lediglich für eine „Privilegierte Partnerschaft“. DIE LINKE vermeidet eine Aussage zu dieser Frage.

Alle Parteien räumen Fragen der **Entwicklungszusammenarbeit** einen hohen Stellenwert in ihren Wahlprogrammen ein. Mit Ausnahme der CDU/CSU streben alle Parteien die Erreichung der UN-Millennium-Entwicklungsziele an, bis 2015 Armut und Hunger in der Welt wenigstens zu halbieren. Mit Ausnahme der FDP wollen alle Parteien die Mittel für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit auf 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes steigern.

Während aber CDU/CSU und FDP den Grundsatz des

freien Welthandels betonen und jede Form von Protektionismus ablehnen, wollen Die Grünen und DIE LINKE den Entwicklungsländern die Möglichkeit einräumen, ihre noch im Aufbau befindlichen Industrien, ihre Landwirtschaft und ihre Dienstleistungssektoren vor übermächtiger Konkurrenz im Handel und bei Investitionen zu schützen. Die Grünen und DIE LINKE möchten insbesondere die ärmsten Entwicklungsländer entschulden.

Resümee

Ein Vergleich der Wahlprogramme von CDU/CSU, FDP, SPD, der Grünen und der LINKEN zur Bundestagswahl 2009 kann den Blick auf die Positionen der Parteien hinsichtlich übergreifender Politiklinien eröffnen, die Nähe oder Ferne dieser Positionen auf diesen Linien markieren und sowohl mögliche Kooperationen miteinander als auch wahrscheinliche Auseinandersetzungen zwischen ihnen antizipieren. Eine Einordnung der Parteien – bezogen auf derartige übergreifende Politiklinien – gestaltet sich jedoch schwierig, wenn man sämtliche Politikfelder betrachtet. Am klarsten ist das Bild auf den Feldern Wirtschafts- und Finanzpolitik, Sozialpolitik, Demokratie und Bürgerrechte sowie Migrations- und Flüchtlingspolitik.

Erstens. Auf der Achse „Neoliberalismus versus Sozialstaatsorientierung“ bilden die FDP und die Partei DIE LINKE die Gegenpole. Die CDU/CSU liegt auf dieser Achse nahe bei der FDP. Das Programm der SPD liegt im Unterschied zu ihrer Politik in der Großen Koalition näher bei einer Sozialstaatsorientierung. Die Grünen sind zwischen SPD und der LINKEN einzuordnen. Die Forderungen der Partei DIE LINKE gehen weit über die von SPD und Grünen hinaus. Sie sind deutlich von allen anderen Bundestagsparteien unterschieden. Das trifft vor allem auf die Vorstellungen zur Bewältigung der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise, aber auch auf andere Politikfelder zu.

Zweitens. Betrachtet man die Politikfelder Demokratie und Bürgerrechte, dann bilden auf der Achse „libertäre versus autoritäre Orientierung“ die CDU/CSU auf der autoritären Seite und die LINKE sowie Die Grünen auf der libertären Seite die Gegenpole. Die SPD befindet sich hier dazwischen, die FDP näher bei Grünen und LINKEN.

Drittens. Auf der Achse „nationale (und tendenziell nationalistische) Orientierung versus weltoffene Orientierung“ steht die Union tendenziell auf der Seite des Nationalen. DIE LINKE, Die Grünen, aber auch die FDP sind auf dem Pol der Weltoffenheit zu verorten. Auch hier liegt die SPD dazwischen.

Viertens. In der Außen- und Sicherheitspolitik stehen sich CDU/CSU, FDP und SPD auf der einen und DIE

LINKE auf der anderen Seite gegenüber. Erstere bekennen sich zur NATO und zu Militäreinsätzen, einschließlich in Afghanistan. DIE LINKE hingegen lehnt generell Kriegseinsätze, auch UN-mandatierte, ab. Sie will den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan, die NATO auflösen und durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Einschluss Russlands ersetzen. Die Grünen positionieren sich zwischen diesen Polen – näher bei CDU/CSU, FDP und SPD. Sie bekennen sich zum Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr, wollen aber einen Strategiewechsel hin zum zivilen Aufbau und weg von der militärischen Eskalation.

Insgesamt gibt es die größten programmatischen Schnittmengen zwischen den Grünen und der Partei DIE LINKE auf den Gebieten der Ökologie, der Wirtschafts- und Sozialpolitik, Demokratie und Bürgerrechte und der Migrations- und Flüchtlingspolitik. Auch bei SPD und LINKEN gibt es neben deutlichen Differenzen auf vielen Politikfeldern (vor allem in der Außen- und

Sicherheitspolitik) ähnliche Positionen („gute Arbeit“, einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn, Bürgerversicherung, soziale Demokratie).

Quellen:

Für die Aussagen der einzelnen Parteien wurden folgende Quellen herangezogen:

- für die CDU/CSU: CDU/CSU: Wir haben die Kraft – Gemeinsam für unser Land. Regierungsprogramm 2009 – 2013, [Berlin 2009].
- für die FDP: Die Mitte stärken. Deutschlandprogramm der Freien Demokratischen Partei. Beschluss des 60. Ord. Bundesparteitags der FDP, Hannover, 15.-17. Mai 2009, [Berlin 2009].
- für die SPD: Sozial und Demokratisch. Anpacken. Für Deutschland. Regierungsprogramm der SPD 2009 – 2013. Beschlossen auf dem außerordentlichen Bundesparteitag am 14. Juni 2009 in Berlin, [Berlin 2009].
- für Die Grünen: Bündnis 90/Die Grünen: Der grüne neue Gesellschaftsvertrag. Klima – Arbeit – Gerechtigkeit – Freiheit [Bundestagswahlprogramm 2009], Berlin [2009].
- für DIE LINKE.: Bundestagswahlprogramm der Partei DIE LINKE. Beschluss des Bundestags-Wahlparteitags 2009 der Partei DIE LINKE. 20./21. Juni 2009 in Berlin, [Berlin 2009].

Die ausführliche Studie zu den Wahlprogrammen zur Bundestagswahl 2009 finden Sie unter:
<http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=18960>

In der Reihe »Standpunkte« 2009 bereits erschienen:

14/2009 – Peter Förster: **»Unrechtsstaat! Diktatur!! lebenslanger Knast!!!«**

Was die in der DDR aufgewachsenen Mittdreissiger zu solchen Sprüchen meinen

13/2009 – Rainer Rilling: **Yes, we can? Aussichten der liberalen Obama-Administration**

12/2009 – Ulrich Busch, Klaus Steinitz: **Ostdeutschland im 20. Jahr der Einheit. Probleme und Entwicklungstendenzen**

11/2009 – Judith Dellheim, Frieder Otto Wolf: **Die Green New Deals – Positionen von links**

10/2009 – Wasilis von Rauch: **Kampf ums »blaue Gold« in der Türkei:**

Wasserpolitik zwischen neoliberaler Ökonomie und staatlichen Machtinteressen

9/2009 – Karl Vosskuhler: **Bedarfsorientierung oder bedingungsloses Grundeinkommen?**

8/2009 – Michael Brie: **Kostenloser Öffentlicher Personennahverkehr statt »Abwrackprämie«!**

7/2009 – Jürgen Klute: **Die Evangelische Kirche und die Debatte um den Mindestlohn**

6/2009 – Horst Dietzel, Jochen Weichold: **Europa-Wahl 2009 – Wahlprogramme der Parteien im Vergleich**

5/2009 – Wolfgang Nesković: **Der Idiotie des realen Monopoly die soziale Utopie entgegensetzen!**

4/2009 – Walden Bello: **Unsere Antwort auf die Krise des Kapitalismus**

3/2009 – Bernard Schmid: **Rechtsextreme proben wieder. Eintritt ins Europäische Parlament – mit veränderter Taktik**

2/2009 – Elke Breitenbach, Katina Schubert: **Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor – zwischen Markt und Staat**

1/2009 – Thomas Lohmeier: **Inhalt braucht Form.**

Partizipatorische Kampagnenführung für eine emanzipatorische Linke – eine Einführung